

65594 Runkel, den 24.07.2014

Niederschrift

über die 36. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel, zu der für Mittwoch, den 23.07.2014, um 19.30 Uhr in den Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Runkel einberufen und ordnungsgemäß geladen war. Es sind erschienen:

Als stimmberechtigte Stadtverordnete:

<ol style="list-style-type: none"> 1. Erhard Becker 2. Margret Bergmeier 3. Dr. Manfred Birko 4. Eberhard Bremser 5. Alexander Bullmann 6. Frank Burggraf 7. Lothar Burggraf 8. Christoph Demel 9. Ulrich Eisenberg 10. Günter Gebhart 11. Manfred Hastrich 12. Lothar Hautzel 13. Jörg-Peter Heil 14. Thomas Kuhlisch 	<ol style="list-style-type: none"> 15. Armin Naß 16. Bernhard Polomski 17. Ragnhild Schreiber 18. Michaela Thomas 19. Hans-Karl Trog 20. Petra Werbunat-Hofmann
--	---

Seitens des Magistrates:

<ol style="list-style-type: none"> 1. Bürgermeister Friedhelm Bender 2. Peter Butzbach 3. Sabine Hemming-Woitok 4. Silvia Lißner 5. Sandra Müller 6. Patrick Schäfer 	
--	--

Entschuldigt fehlt von Seiten der SPD-Fraktion die Herren Stadtverordneten Rainer Röth, Gregor Adler, Anton Krtsch, Klaus Preusser, Klaus-Jürgen Wagner, Michael Kilb und Dr. Gerhard Ruttmann. Von Seiten der CDU-Fraktion fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten Volker Rosbach, Johannes Ruttmann, Bernd Eckert und Bernhard Brahm.

Seitens des Magistrates fehlen entschuldigt die Herren Stadträte Antonius Duchscherer, Andreas Kuhn, Christian Janevski, Wolf-Dirk Rübiger und Frau Stadträtin Gertrud Burggraf.

1) Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber eröffnet die Sitzung um 19.40 Uhr mit der Begrüßung aller Anwesenden und dem Dank an den Magistrat und an alle, die an der Vorbereitung der Sitzungsthemen, des Sitzungsmaterials und der Gestaltung des Sitzungsraumes mitgewirkt haben.

Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung gibt sie bekannt, dass die Einladung an die Mitglieder ordnungsgemäß erfolgt ist, indem sie am 14.07.2014 per Post versandt wurde und somit die Frist von spätestens 9 Tagen vor dem Sitzungstermin eingehalten wurde.

Dem folgt die Bekanntmachung, dass mit **20** stimmberechtigten Mitgliedern mehr als die Hälfte der 31 Stadtverordneten anwesend sind. **Auf dieser Grundlage stellt die Stadtverordnetenvorsteherin sodann die Beschlussfähigkeit der Sitzung fest** und leitet in die Tagesordnung über.

2) Anfragen an den Magistrat

Herr Bürgermeister Bender begrüßt die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder sowie die anwesenden Gäste.

Anschließend verliest er die Anfrage der Bürgerliste vom 08.07.2014 wie folgt:

1. In der Dezembersitzung 2012 der Stadtverordnetenversammlung beantragten wir die Vorlage des Feuerwehrbedarfsplans für die nächsten Jahre, um einen möglichst frühzeitigen Überblick über die finanziellen Auswirkungen auf die folgenden Haushaltspläne zu erhalten.

Zuletzt erinnerten wir in der Aprilsitzung des vergangenen Jahres an diese Vorlage.

Wie ist der augenblickliche Stand zu diesem Feuerwehrbedarfsplan?

Herr Bürgermeister Bender beantwortet die Frage wie folgt:

Der zurzeit gültige Feuerwehrbedarfsplan für die Stadt Runkel gelte noch bis 2015. Zurzeit ist der ehrenamtliche Stadtbrandinspektor sowie die Kollegin, Frau Richard, noch mit der Einrichtung des Digitalfunks beschäftigt. Zur Haushaltsplanung 2015 werde der neue Feuerwehrbedarfsplan vorgelegt. Dieser könne auch durch ein privates Unternehmen erstellt werden. Das würde jedoch ca. 11.000,-- € kosten.

2. In der Mairsitzung des vergangenen Jahres beschloss die Stadtverordnetenversammlung, dass die Benutzerordnung und die Benutzerentgeltordnung für die Bürgerhäuser und Stadthallen der Stadt Runkel neu gefasst werden und zum 1.1.2014 in Kraft treten sollen.

Da bisher dazu noch kein Entwurf vorliegt, folgende Fragen:

Wie ist der augenblickliche Stand der Erarbeitung. Wann kann mit der Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung gerechnet werden.

Welche besonderen Probleme führten bisher zu einer Verzögerung der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung?

Herr Bürgermeister Bender teilt hierzu mit, dass dieser Tagesordnungspunkt in sechs Sitzungen behandelt wurde. Der Magistrat sei noch nicht abschließend zu einem Ergebnis gekommen. Es müsse evtl. zuerst in die energetische Sanierung investiert werden, um Kosten zu sparen. Weiterhin müsse evtl. das Auslegen der Böden auf die Nutzer übertragen werden. Im Oktober 2014 sollen diesen Daten festgelegt sein, damit Sie in den Haushalt 2015 mit einfließen.

3. Anlässlich der Haushaltsplanberatungen 2014 bemängelte der HFA, dass eine genaue Zuordnung der Arbeitszeiten der Mitarbeiter des Bauhofs -und damit der Kosten- zu den einzelnen Produkten nicht bzw. nicht in jedem Fall erfolgte. Von der Verwaltung wurde zugesagt, dies für den nächsten Haushaltsplan genau umzusetzen.

Unsere Fragen: Wurden zwischenzeitlich entsprechende Änderungen und Vorkehrungen getroffen, die entsprechenden Zuordnungen vorzunehmen, damit einmal für die Jahresrechnung 2014 und zum anderen für den Haushaltsplan 2015 die zutreffenden Beträge bei den einzelnen Produkten zugeordnet sind. Dadurch sind eine genauere Planung und damit auch eine genauere Berechnung verschiedener Gebühren möglich.

Herr Bürgermeister Bender erläutert hierzu wie folgt:

Die Arbeitseinsätze des Bauhofes würden mit den jeweiligen Einsatzzeiten, dem Einsatzort und den eingesetzten Fahrzeugen und Maschinen erfasst. Anhand dieser Aufzeichnungen könne der Aufwand des Bauhofs auch auf die einzelnen Produkte im Rahmen der internen Leistungsverrechnung verteilt werden. Damit können diese Daten u.a. auch für die Gebührenkalkulation nach dem Kommunalen Abgabengesetz herangezogen werden.

Im Haushaltsplanentwurf 2015 würde die Verwaltung die Erlöse und Kosten der internen Leistungsbeziehungen (Interne Leistungsverrechnung) des Jahresergebnisses 2013 in den einzelnen Produkten darstellen und entsprechend zur Kenntnis geben.

4. Mit dem 10.2.2011, und zwar rückwirkend zum 1.1.2010, schloss der Magistrat mit dem Unternehmen Pörtner und Gabb einen Vertrag über die Vermarktung der Bauplätze am Kappesborder Berg. Dieser Vertrag läuft am 31.12.2014 aus.

Unsere Fragen: Brachte dieser Vertrag den gewünschten Erfolg? Wenn ja, wie stellt sich dieser dar? Wie viele Bauplätze wurden z.B. in den Jahren 2006 bis 2009 und wie viele Bauplätze wurden in den Jahren 2010 bis 2013 am Kappesborder Berg verkauft?

*Welche Kosten sind durch die Vertragsvereinbarungen entstanden?
Gibt es zu diesem Thema schon Überlegungen für die Zeit nach Ablauf der Vertragsdauer?*

Inhalt des Vertrages ist auch die Errichtung eines Musterhauses, die der Verkaufsförderung dienen sollte.

Bisher kam es noch nicht zu dieser Errichtung. Ist im Hinblick auf das Auslaufen des Vertrages zum Jahresende 2014 noch mit einer Errichtung zu rechnen?

Herr Bürgermeister Bender beantwortet die Fragen wie folgt:

- „In den Jahren 2006 – 2009 wurden 4 Bauplätze verkauft. In den Jahren 2010 – 2013 wurden 18 Bauplätze verkauft. Bisher wurden vertragsgemäß 43.450,-- € an PGV gezahlt. Überlegungen für die Zeit nach Ablauf der Vertragsdauer gibt es noch nicht. Diese erfolgen nach einer gründlichen Prüfung und Bewertung der Angelegenheit nach den Sommerferien.
- Errichtung eines Musterhauses am Kappesborder Berg:
Im März 2012 wurde der Bauherrengemeinschaft Pörtner und Gabb die Baugenehmigung zur Errichtung eines Doppelwohnhauses mit Einliegerwohnung und zwei Carports als Musterhaus am Kappesborder Berg, Quellenweg 15, Flur 5, Flurstück 165, erteilt. (Eine Baugenehmigung gilt grundsätzlich drei Jahre und kann auf Antrag verlängert werden).

Durch das Verfahren der Ablösung mit der HLG war es anschließend laut Aussage von Herrn Pörtner schwierig, einen Kaufvertrag für das Grundstück abzuschließen. Zunächst musste daher das Ablöseverfahren zwischen HLG und Stadt Runkel abgewickelt werden, was bis Frühsommer 2013 dauerte.

In der Zwischenzeit sind laut Herrn Pörtner vier Referenzhäuser in dem Neubaugebiet errichtet, die somit als Vorzeigeobjekte für die Bebauung am Kappesborder Berg dienen können. Obwohl die Realisierung des Musterhauses aufgrund obiger Sachverhalte nicht mehr dringlich ist, wollen Pörtner und Gabb dennoch an der Bebauung festhalten, zumal sie schon seit März 2012 eine Baugenehmigung haben. In den nächsten Tagen wird Herr Pörtner den Antrag auf Erwerb des Grundstückes bei der Stadt Runkel einreichen.“

Herr Stadtverordneter Becker (BL) fragt nach, ob man eine Baugenehmigung erhalten kann, wenn das Grundstück noch nicht gekauft ist.

Herr Bürgermeister Bender bestätigt, dass dies möglich ist.

3) Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2014; hier: Einbringung und Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss - Vorlage erfolgt in der Sitzung

Herr Bürgermeister Bender erläutert zu diesem Tagesordnungspunkt wie folgt:

„Meine sehr verehrte Damen und Herren,

als wir uns im Herbst 2013 zunächst in der Verwaltung und anschließend im Magistrat sehr umfängliche Gedanken über den Haushaltsentwurf 2014 machten, schwebte uns allen nicht einmal ein Ansatz vor, dass uns wiederum, noch ca. 1,4 Mio. € im Jahre 2013, erneut eine Gewerbesteuer-Rückerstattung, diesmal von ca. 1,0 Mio. € ins Haus stehen würde.

Diesem sehr deutlich wie nachhaltigen Einbruch geschuldet, sehen sich die Verwaltung und der Magistrat in der Pflicht, sehr früh den 1. Nachtrags-Haushaltsentwurf einzubringen.

Nur darauf zu vertrauen, dass sich dies von alleine lösen würde und den Dingen freien Lauf zu lassen, würden den Interessen der Stadt und somit denen der Bürgerinnen und Bürger zuwiderlaufen.

Wichtig ist und bleibt jedoch: Die durch die beiden Gewerbesteuerrückerstattungen entstandenen bzw. entstehenden Löcher waren nicht vorhersehbar und basieren nicht auf dem Verschulden der Stadt Runkel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben dem aktualisierten Zahlenwerk sind im Nachtrags-Entwurf einige weitere Veränderungen enthalten.

Die gravierendste ist zunächst, dass sich trotz der im Haushalt 2014 vorgenommene Anhebung des Hebesatzes auf 380 %-Punkte im Bereich der Gewerbesteuer Mindereinnahmen von 660.000 € ergeben. Diese Mindereinnahmen fressen regelrecht die reduzierte Gewerbesteuerumlage von 90.000 €, die Mehreinnahmen bei dem Gemeindeanteil der Einkommenssteuer von 266.000 € sowie die Mehreinnahmen von 20.000 € in dem Bereich der Grundsteuern A und B auf.

Neu im Entwurf enthalten ist ein Ansatz von insgesamt 51.000 €, was insgesamt einer Erhöhung von 36.000 € entspricht, für die Anschaffung eines Baggers.

Unser aus dem Jahre 1998 stammender Bagger hat gut 10.000 Betriebsstunden und ist nur noch bedingt betriebsfähig. Durch die bisher fehlenden Haushaltsmittel musste kurzfristig der Motor repariert werden, ohne jedoch noch irgendeine Garantie dafür zu erhalten.

Wegen des Reparaturaufwandes und der Miete für einen Ersatzbagger sind im Nachtragsentwurf 18.000 € eingestellt, durch den evtl. Verkauf befinden sich 9.000 € im Zahlenwerk.

Zusätzliche durchzuführende Inspektionen und Reparaturen an den Fahrzeugen des Bauhofes sowie der Buschen machen eine Erhöhung von 7.500 € erforderlich, auch die dringend notwendige Wiederherstellung der Verkehrssicherheit der Treppenanlage und des Vorplatzes unseres Rathauses sowie der Einbau einer Tür im Rathaus schlagen mit 5.000 € zu Buche.

Für die turnusmäßigen Prüfungen unseres Aufzuges durch den TÜV sind 4.500 € veranschlagt.

Für das Erstellen der neuen Abgabenbescheide einschließlich der Verarbeitung wurden die Ansätze für die Verarbeitungskosten für die Stadtkasse bei der ekom um 9.000 € angepasst.

Für die Fortführung des Niederschlagswasserkatasters einschließlich der Übernahme ins NSK-System durch die Fa. KC Becker wurden 1.000 € bei der Finanzverwaltung veranschlagt.

Aufgrund der günstigen Zinssätze kann der Ansatz für die Zinsen für das Darlehen zur Ablösung der HLG Grundstücke um 40.000 € reduziert werden.

Für die Zuschüsse an den Wasserverband Georg Joseph wird ein Mehrbedarf von 40.000 € vorgesehen.

Für Ausbildungskosten und Bekleidung des neuen Hilfspolizisten wurden im Ordnungsamt 5.000 € eingesetzt.

Die Ansätze für das mittlerweile abgeschriebene Breitbandnetz wurden abgesetzt.

Im Stellenplan soll im Bereich der Bauverwaltung eine zusätzliche Stelle nach der Entgeltgruppe 9 eingerichtet werden. Diese Stelle der Entgeltgruppe 9 ist mit einem KW-Vermerk versehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie Sie sehen, handelt es sich bei dem Zahlenwerk um keine erfreuliche Entwicklung, verschlechtert sich doch unser Ergebnishaushalt im ordentlichen Ergebnis von 2.332.600 € auf nunmehr 2.615.600 €.

Ich bitten Sie, das hiermit eingebrachte Zahlenwerk zu beraten und hoffe, dass der Nachtrags-Haushalt in der September-Sitzung abschließend beraten und verabschiedet wird.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Stadtverordneter Burggraf (BL) stellt den Antrag auf Verweisung von Tagesordnungspunkt 3 in den HFA.

Abstimmung: Ja – 20 Nein – 0

4) Genehmigung des Protokolls vom 25.06.2014 ggf. unter Beschlussfassung zu schriftlichen Einwendungen gegen die Richtigkeit nach § 32 (4) der Geschäftsordnung

Abstimmung: Ja – 19 Nein – 0 Enth. – 1

6) Mitteilungen des Magistrates

- Die Deutsche Bahn hat der Stadt Runkel mitgeteilt, dass der Bahnübergang Ennerich auf Grund von Umbaumaßnahmen vom 22.05.2015 bis 26.05.2015 gesperrt wird.

- Die Stadt Runkel hatte Besuch von einem Investor, der auf dem Gestaltungswall der Dehrner Teilortsumgehung eine Photovoltaikanlage errichten möchte. Die Anlage würde 2,1 Mio. Kwh p. a erzeugen. Es könnten ca. 480 Vier-Personenhaushalte pro Tag damit versorgt werden.

Dies würde eine CO²-Einsparung von 1,1 Mio. kg p.a. bedeuten. Die Investitionskosten liegen bei 2,7 – 3,0 Mio. € netto. Die Haushalte bzw. Unternehmen könnten direkt mit diesem Strom versorgt werden. Der Investor wäre damit einverstanden, wenn sich die Stadt Runkel oder eine Gesellschaft an dieser Investition beteiligen würde. In der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause wird es einen Tagesordnungspunkt geben, in dem es um die Gründung einer Gesellschaft geht.

- Die Veranstaltung „Runkeler Kultursommer“ war sehr erfolgreich. In den vergangenen Wochen sind wunderbare Festspiele auf die Beine gestellt worden. Runkel hat überregional positiv von sich reden gemacht.

- Der Magistrat hat beschlossen, sich aus dem Rekommunalisierungsverfahren EON zurückzuziehen. EON bzw. EAM GmbH & Co.KG. geht in die Hände der Kommunen und Landkreise. Die Stadt Runkel könnte sich mit einer Eigenkapitalanlage von 0,045 % (ca. 40.000 €) an der neu zu gründenden EAM GmbH & Co.KG beteiligen.

Der Magistrat hat dies abgelehnt, da die 40.000 € nicht vorhanden sind. Für die Stadt Runkel würden evtl. Gewinne erst in ca. 20 Jahren erzielt werden.

- Am heutigen Tag hat die Stadt Runkel ein Schreiben von der Kommunalaufsicht erhalten, welches nähere Ausführungen zur Genehmigung bzw. Ablehnung zukünftiger Haushalte beinhaltet. Danach hängt die Genehmigung eines Haushaltes einer defizitären Kommune von der Vorlage eines qualifizierten Haushaltssicherungskonzeptes ab. Sollte dabei kein konkreter Zeitpunkt für den angestrebten Haushaltsausgleich benannt werden, erfolgt eine Zurückweisung und die Zurückstellung der Genehmigung bis zur Vorlage eines qualifizierten Konzeptes.

Insbesondere die Tatsache, dass sich das Land bei seinen Konsolidierungsmaßnahmen bis 2019 Zeit lässt und den Schuttschirmkommunen ebenfalls eine längere Frist setzt, kritisiert der Bürgermeister sehr deutlich. Weiter äußert er sein persönliches Unverständnis darüber, dass nach derzeitigem Stand die Kommunalaufsicht vom Landkreis zum RP verlagert werden soll, wodurch das Umsetzen der Vorgaben wesentlich erleichtert würde wegen der unterschiedlichen Anbindung bzw. Status des Amtes als Regierungspräsident.

Weiter heißt es in dem Schreiben, dass bei den zukünftigen Hebesätzen ab dem Haushaltsjahr 2015 nicht mehr die verzögert vorliegenden Zahlen des Statistischen Landesamtes, sondern auf die des Hess. Innen- bzw. Finanzministeriums zurückgegriffen werde auf Grund deren Aktualität.

Abschließend gibt er dem Parlament eine Modellberechnung zur Kenntnis, welche Maßnahmen beispielsweise ergriffen werden müssten, um das Ergebnis um 1 Mio. zu verbessern:

- Streichung von 2- 2,5 Stellen (100.000 Euro)
- Schließung der BGH außer Dehrn und Hofen (200.000 Euro)
- Erhöhung der Gewerbesteuer (200.000 Euro) auf 410 Punkte
- Erhöhung der Grundsteuer (200.000 Euro) A + B auf 380 Punkte
- Erhöhung des Regelbeitrages (300.000 Euro) in den Kindergärten von 82,50 Euro auf 160 Euro

Mit diesen belastenden Daten und dem Blick auf die anstehenden Beratungen des HH 2015 beendet Herr Bürgermeister Bender seine Ausführungen und bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber bedankt sich und weist auf die nächste Sitzung am 17.09.2014 hin. Sie schließt die Sitzung um 20.30 Uhr.

(Ragnild Schreiber)
Stadtverordnetenvorsteherin

(Birgit Butzbach)
Schriftführerin